

Die Stadt kauft GBW-Wohnungen nicht

POLITIK Der OB erteilte Überlegungen in diese Richtung eine klare Absage. Das Geld würde dem sozialen Wohnungsbau an andere Stelle fehlen, sagte Schaidinger.

VON CLAUDIA BÖKEN, MZ

REGENSBURG. Nur 503 der 1436 GBW-Wohnungen in Regensburg sind öffentlich gefördert und damit „günstiger Wohnraum“. Mit dieser Mitteilung überraschte Oberbürgermeister Hans Schaidinger im Rahmen der Plenumssitzung einige Stadträte. Er räumte damit mit der Vermutung von ÖDP und Linken auf, der Verkauf vernichte in großem Stil preisgünstigen Wohnraum in der Stadt.

Der größte Anteil der GBW-Wohnungen liege in der Isarstraße, machte Planungsreferentin Christine Schimpfermann klar. Die seien allerdings nicht mehr in der sogenannten „Belegungsbindung“ und unterlägen damit den ganz normalen Regensburger Mietpreisen. Die meisten Wohnungen, die einst öffentlich gefördert wurden, liegen im Bereich Humboldt- und Baltenstraße. Sie fallen weiter unter die „Belegungsbindung“, die sozialverträgliche Mieten sichert.

Keine zweite Resolution

Schaidinger nahm einen ÖDP-Antrag zum Anlass, einen Sachstandsbericht zum Thema GBW-Wohnungen zu geben. Die Fraktion hatte eine Resolution des Stadtrats gefordert, mit der sich die Stadtspitze an die Staatsregierung wenden sollte.

„In jedem Fall ist zu verhindern, dass die Wohnungen in einem offenen Bieterverfahren für Immobilienspekulanten und ausschließlich gewinnorientierte Finanzinvestoren freigegeben werden“, wollte sie festgehalten haben. Richard Spieß von der Linken wollte außerdem wissen, an wen wann verkauft werde.

„Maximaler Mieterschutz“

Eine einstimmige Resolution habe der Stadtrat bereits im Oktober 2009 verabschiedet, erinnerte der Chef der FW-Fraktion, Ludwig Artinger, ob des neuerlichen Antrags verwundert. CSU-Fraktionsvorsitzender Christian Schlegl machte sich vor allem für maximalen Mieterschutz stark. Grünen-Fraktionschef Jürgen Mistol sah beim Erhalt des günstigen Wohnraums vor allem den Freistaat in der Pflicht. Dr. Jürgen Pätz von der FDP fragte sich, wer eigentlich behauptete, dass die 1500 GBW-Wohnungen günstiger seien als die der Stadtbau GmbH.

Schaidinger machte klar, dass die BayernLB die Gesellschaftsanteile aufgrund einer Forderung der EU-Kom-



Auch in der Humboldtstraße gehören einige Häuser der GBW.

Foto: Lex

RESOLUTION DES STADTRATS

➤ **Auf Initiative der SPD** verabschiedete die Stadtrat bereits am 29. Oktober 2009 eine Resolution in Sachen GBW-Wohnungen. Darin heißt es:

➤ **Der Stadtrat** fordert die bayerische Staatsregierung auf, für den Fall, dass ein Verkauf der GBW-Wohnungen unvermeidlich ist, diese an eine Gesellschaft der öffentlichen Hand zu verkaufen.

➤ **Sollte dies** nicht möglich sein, werden die Mieterinnen und Mieter der GBW-Wohnungen vor einem Verkauf der Wohnungsbestände mit Vereinbarungen zum Mieterschutz langfristig geschützt.

➤ **Lebenslanger Ausschluss** von Eigenbedarfs- und Verwertungskündigungen für Mieterinnen und Mieter über 60 Jahre, für alle übrigen Mieterinnen und Mie-

ter auf die Dauer von 15 Jahren.

➤ **Ein Umwandlungsverbot** in Eigentumswohnungen für die Dauer von 15 Jahren, das mit Vertragsstrafen bewehrt ist.

➤ **Beschränkung** der gesetzlichen Spielräume für Mieterhöhungen.

➤ **Luxussanierungen** sind auszuschließen.

mission verkaufen müsse. Acht Prozent der GBW seien in der Hand freier Aktionäre; die hätten einen Anspruch darauf, dass ein ordentlicher Preis erzielt werde. Der Städtetag habe überlegt, ein Konsortium zu gründen, um die übrigen 92 Prozent zu kaufen. Wegen des Umgangs mit den freien Aktionären gebe inzwischen auch der Münchner OB Christian Ude so einem Konstrukt kaum Chancen. Einem Kauf durch die Stadtbau erteilte er eine Absage: In diesem Fall wären auf lange Sicht die Gelder, die für sozialen

Wohnungsbau zur Verfügung stehen, gebunden, ohne dass neuer preisgünstiger Wohnraum entstehen könnte.

Der Mieterbund trat gestern mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, die auf einer Anfrage des Europaparlamentariers Thomas Händel an die EU-Kommission basiert. Die Kommission könne ohne abschließende Entscheidung einem Mitgliedstaat grundsätzlich keine Verpflichtungen auferlegen, heißt es darin in Bezug auf den angeblich geforderten Verkauf der GBW-AG. Für Mieterbund-Chef Kurt Schindler

ist damit klar: „Einmal mehr zeigt sich, wie die derzeitige Staatsregierung ihre Aufgaben gewichtet: Der Betrieb einer Landesbank – einschließlich ihrer Rettung nach der selbst verschuldeten Fast-Pleite – wird als staatliche Pflicht angesehen, ein soziales Engagement im Bereich der Wohnraumversorgung aber nicht.“

Auf diesen Schriftwechsel beziehen sich auch die Linken und zweifeln deswegen an, dass eine Verkaufsanweisung für die GBW-AG durch die EU-Kommission tatsächlich existiert.